

Netzwerk will Bürger mehr beteiligen

Neue Initiative setzt sich für fest verankerte Einbindung der Stadtbewohner ein / Kritik an derzeitiger Praxis

Bremen versucht in verschiedener Form, Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Nicht immer mit Erfolg: Zum Teil sind die beteiligten Bürger nach zahlreichen Sitzungen eher vom Verfahren frustriert als bestärkt. Die Bürgerschaft will künftig die Beteiligung stärker verankern. Ein neues Netzwerk will dabei helfen – und übt deutliche Kritik daran, wie bislang manches Verfahren abläuft.

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Dass der Bahnhofsvorplatz bebaut werden soll, ist in demokratisch gewählten Gremien beschlossen worden: Parlament, Beirat und Senat haben an der Entscheidung mitgewirkt. Dennoch sind viele Bürger unzufrieden damit, wie diese Entscheidung zustande kam, und eine Initiative sammelte erst kürzlich über 5000 Unterschriften gegen die Bebauung.

Auch das Beteiligungsverfahren der Baubehörde für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 in Huchting sorgt im Bremer Süden erneut für Kritik – obwohl der Behörde zufolge viele Änderungswünsche der Bür-

ger mühsam in die neuen Pläne eingearbeitet wurden. Alle wird man nie zufrieden stellen können, dennoch: „In der Schweiz, wo es mehr direkte Demokratie gibt, lässt sich beobachten, dass auch diejenigen, deren Interesse sich nicht durchsetzen konnten, oft sagen: ‚Ich war anderer Meinung, aber es war ein guter Prozess‘“, sagt Hans-Christoph Hoppensack vom Vorstand der Bremer Bürgerstiftung. „Es gibt dort häufig mehr Akzeptanz für das Ergebnis der Auseinandersetzung.“ Hoppensack ist Mitglied des neuen Bremer Netzwerks Bürgerbeteiligung (BNB), das auf Initiative der Bürgerstiftung gegründet wurde. Daran beteiligen sich bislang unter anderem die Arbeitnehmerkammer, die Beirätekommision, der Bürgerschaftsausschuss für Bürgerbeteiligung, die Uni und die Volkshochschule.

Das BNB will die Bürgerschaft dabei begleiten, einen sogenannten Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung aufzustellen. Er soll bis 2015 fertig sein. Dadurch soll Bürgerbeteiligung in Bremen stärker verankert werden. „Derzeit hängt es oft von bestimmten Themen und von der Bereitschaft einzelner Personen ab, ob es ein Verfahren

für Bürgerbeteiligung gibt oder nicht“, sagt Marie Hoppe, Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen. „Es fehlen ein klares Konzept und klare Regeln, damit Bürgerbeteiligung nicht zufällig abläuft.“

Für die Neugestaltung des Hulsberg-Viertels gab es ein großes Beteiligungsverfahren. Für die Gestaltung der Überseestadt habe es dagegen nichts Vergleichbares gegeben, obwohl Beteiligung auch dort wichtig gewesen wäre, sagt Hoppensack: „Die Bedürfnisse der Menschen, die in der Überseestadt wohnen wollen, wurden nicht aktiv mit einbezogen.“

Das Netzwerk BNB hat Regeln für gute Bürgerbeteiligung aufgestellt. Dazu gehört die Forderung nach Transparenz und nach einer frühzeitigen Einbindung der Bürger: „Es ist auch wichtig, gleich am Anfang zu klären, wie Beiträge der Bürger später in Entscheidungsprozesse einfließen können“, sagt Peter Beier, der wie Hoppensack zum BNB und zum Vorstand der Bürgerstiftung gehört. „Nur wenn klar ist, wo es überhaupt Spielraum für Entscheidungen gibt, kann man vermeiden, bei den Bürgern falsche Erwartungen zu wecken.“

Nicht alles, was Bürgerbeteiligung genannt wird, sei auch wirklich Bürgerbeteiligung, sagt Heike Blanck, die bei der Senatskanzlei Projekte zur Jugendbeteiligung koordiniert. Das Verfahren zur Beteiligung beim Verkehrsentwicklungsplan 2025 stelle bislang nur ein „öffentliches Brainstorming“ dar, so Blanck: „Entscheidend ist, was man nun mit den Vorschlägen der Bürger macht, die man da gesammelt hat.“

„In der Jugendbeteiligung werden anfangs die Spielregeln benannt und die Rollen geklärt“, sagt Marie Hoppe. „Die Jugendlichen sind die Alltagsexperten, aber es gibt auch einen festen Rahmen und einen neutralen Ansprechpartner, der das Beteiligungsverfahren begleitet.“ Ein solches Vorgehen sei auch für die Beteiligung von Erwachsenen sinnvoll. Doch für Bürgerbeteiligung gebe es in der Regel keine professionelle Begleitung, sagt Hoppe.

Die Sprecher des BNB nennen Beispiele, wo Bürgerbeteiligung in Bremen nicht gut gelaufen sei. Bei der Planung für den Bahnhofsvorplatz beispielsweise habe man Beteiligungsverfahren nicht rechtzeitig eingeleitet, sagt Peter Beier. **Kommentar Seite 2**